

---

## Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 Mindestlohn-Initiative

---

### Der Mindestlohn kann niemanden schützen

Der Mindestlohn ist eine verführerische aber zugleich ineffiziente Massnahme gegen Lohndumping. Dieser staatliche Eingriff hätte inakzeptable Auswirkungen, die seine geringen Vorteile aufwiegen würden. Die wirkliche Lösung liegt in der Sozialpartnerschaft und einer verstärkten Überwachung des Arbeitsmarkts. Der Mindestlohn führt dagegen zum Ausschluss der Schwächsten, errichtet Schranken gegen die Jungen, die in die Arbeitswelt eintreten, und er nivelliert die Löhne nach unten. Was aber für die Zukunft noch schwerer wiegt: Ein Mindestlohn trägt zur Abwertung der Berufsbildung bei.

Dabei gibt es bereits Lösungen für das Lohndumpingproblem, sie müssten nur verstärkt genutzt werden. Heutzutage beteiligen sich Unternehmen aktiv an der Überwachung des Arbeitsmarkts. Die Walliser KMU tragen sogar freiwillig mit finanziellen Mitteln zu Kontrollbemühungen bei. Sie sind direkt betroffen, denn sie selbst, wie auch ihre Mitarbeitenden, sind die ersten, die unter den Auswirkungen von unlauterem Wettbewerb leiden, der von zweifelhaften Subunternehmern ausgeht. Dies war einer der Gründe, weshalb sie die Einführung der Solidarhaftung akzeptiert haben.

Dennoch ist die Lage alles andere als perfekt und bedarf der Verbesserung, beispielsweise durch die Erhöhung der Anzahl an Inspektoren, die Einführung abschreckender Sanktionen, die Anerkennung der Gesamtarbeitsverträge im öffentlichen Beschaffungswesen – und dies sind nur einige Möglichkeiten. Um ein solch anspruchsvolles Programm zu verwirklichen, muss man aber auf eine solide Sozialpartnerschaft zählen können.

---

### Die Sozialpartnerschaft wird in Frage gestellt

---

Hier sieht man die erste inakzeptable Auswirkung des Mindestlohns: Er bringt den Dialog zwischen den Sozialpartnern durcheinander. Zunächst, weil der Staat die Rolle des Unparteiischen abgibt und sich in das „Spiel“ einmischt. Die Politisierung der Löhne öffnet die Büchse der Pandora mit unabsehbaren Konsequenzen. Sodann, weil dadurch der Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen weniger attraktiv wird. Wenn es nämlich ein allgemeingültiges soziales Minimum gibt, warum sollten dann massgeschneiderte Bedingungen, die nur für einen Teil der Arbeitnehmer passen, ausgehandelt werden? Um überhaupt noch einen Einfluss zu haben, müssten sich die Gewerkschaften radikalieren.

Die friedliche Arbeitswelt würde schnell zu einer fernen Erinnerung verblassen. All die positiven Anpassungen für unsere Mitarbeiter wären umsonst gewesen.

Die Befürworter versprechen, dass die Löhne unterhalb des Mindestlohns angehoben würden. Wirklich? Wie wollen sie denn dieses Versprechen halten? Die einzig vernünftige Antwort ist, dass man es nicht weiss. Manche werden eine Lohnerhöhung erhalten. Andere dagegen werden ihre Arbeit verlieren. Sie werden entweder durch besser ausgebildete oder kompetentere Mitarbeiter ersetzt, oder aber ihr Arbeitsplatz wird verschwinden. Wer wird zum Gewinner? Wer wird zum Verlierer? Unmöglich vorauszusehen. Was man jedoch mit Sicherheit vorhersagen kann, und dies ist die zweite inakzeptable Auswirkung, ist der Ausschluss von zahlreichen Arbeitnehmern – insbesondere den schwächsten – aus der Arbeitswelt. Die Befürworter, die sich in ihre makellose Ethik hüllen, spielen ohne mit der Wimper zu zucken Roulette mit dem wirtschaftlichen Überleben tausender Arbeitnehmer.

Die dritte unannehmbare Auswirkung ist die Tatsache, dass der Mindestlohn in allen Ländern, die ihn eingeführt haben, zur Referenz für alle Berufseinsteiger wird. So ist beispielsweise in Frankreich der SMIC (berufsgruppenübergreifender Mindestlohn) zum Referenzwert für alle diejenigen geworden, die ins Berufsleben einsteigen – ungeachtet ihrer Tätigkeit oder Ausbildung. Die jungen Leute, die anfangen, finden sich als direkte Konkurrenten von Kandidaten mit mehr Berufserfahrung wieder. Bei gleichen Lohnforderungen werden sie den Konkurrenzkampf verlieren und auf der Strecke bleiben.

Für diejenigen, die mehr Berufserfahrung mitbringen, zieht der Mindestlohn die Löhne nach unten. Arbeitnehmer mit Berufsausbildung, die länger arbeitslos sind, werden gezwungen, ihre Lohnforderungen nach unten zu schrauben. In Wirklichkeit verschärft der Mindestlohn die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und setzt eine Spirale nach unten in Gang, die alle Arbeitnehmer bestraft, anstatt sie vor Lohndumping zu beschützen.

---

## Eine kantonale Initiative mit ebenso hohem Gefahrenpotential

---

Die grösste Gefahr droht der Jugend, die unsere Zukunft ist. Denn am gleichen Tag werden wir über eine kantonale Initiative abstimmen, die einen Mindestlohn für die Berufsbildung einführen will. Als Folge davon wären alle Ausbildungen, bei denen mit weniger als 700 Franken pro Monat entlohnt wird, verboten. Dies birgt das Risiko in sich, dass viele Ausbildungsbetriebe keine neuen Lernenden einstellen werden. Während wir uns darum bemühen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, um den jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, sich fortzubilden und zu arbeiten, schreckt die kantonale Initiative die Unternehmen von Ausbildungsvorhaben ab, indem sie willkürlich die Arbeitskosten erhöht. Wir wehren uns mit aller Kraft gegen diesen Abbau der Berufsbildung.

In unseren Berufen verdienen diejenigen, die in ihre Ausbildung investiert haben, schon jetzt mehr als die 3'500 Franken, die von der Linken gefordert werden. Nur die unqualifizierten Arbeitnehmer befinden sich unterhalb dieser Grenze. Es ist ungerecht, dass derjenige, der sich anstrengt, um sich aus- und fortzubilden, auf das gleiche Niveau herabgedrückt wird, wie der, der nichts für sein persönliches Weiterkommen getan hat.

Politisierung der Löhne? Ausschluss der Schwächsten? Abwertung der Berufsbildung? Der willkürlich von den Initianten beschlossene Mindestlohn beschützt niemanden und führt in die Armut.

Raphy Coutaz

Präsident des Bureau des Métiers

